

# Streifzug durch das Netz (QU 03-2023)

21.10.2023

## Newsletter, Urteile und Informationen – außerhalb der polizeilichen Mainstream-Informationen.

21.10.2023

*Vorwort zur Ausgabe III:* Das Universum liebt das Chaos (vgl. insb. Ausgabe II), Mensch und Leser:in nur bedingt. Wir stellen den chaotischen Ausgaben I und II nun ein neues Beitrags-Ordnungssystem entgegen.

Datum	Quelle/Link	Inhalt/Links
28.03.2023	BVerwG 2 C 20.21	<p><i>Hinweis: Urteilsveröffentlichung via Newsletter vom 11.07.2023</i></p> <p>Leitsätze:</p> <p>1. <b>Verstöße gegen Kernarbeitszeitregelungen</b> bedürfen einer zeitnahen disziplinarischen Pflichtenmahnung und ggf. einer stufenweisen Steigerung der Disziplinarmaßnahmen.</p> <p>2. Bei der Bestimmung der <b>Disziplinarmaßnahme</b> für das stundenweise Fernbleiben vom Dienst wegen verspäteten Dienstantritts kann die aufaddierte Gesamtzeit der täglichen Verspätungen in ihrer Schwere nicht gleichgesetzt werden mit einem monatelangen unerlaubten - gänzlichen - Fernbleiben vom Dienst, das regelmäßig zur Entfernung aus dem Beamtenverhältnis führt.</p>
17.04.2023	OVG Berlin-Brandenburg OVG 4 S 4/23	<p><b>Polizeibeamter; Untersagung einer Nebentätigkeit; Internetauftritt - TikTok</b> - zu polizeilichen Themen</p> <p>Leitsatz: Betreibt ein Polizeibeamter außerhalb des Dienstes einen Internetauftritt, in dem er erkennbar als Polizist polizeiliche Themen behandelt, kommt eine Untersagung der Nebentätigkeit durch die Dienstbehörde in Betracht. (Rn.10) (Rn.13)</p>
08.05.2023	BVerwG 2 WDB 13.22	<p>Beschluss vom 08.05.2023. Leitsatz: „Ein Soldat, der den <b>Holocaust leugnet</b> und auf diese Weise das nationalsozialistische Unrechtsregime verharmlost, verletzt seine <b>politische Treuepflicht</b>.“ Besprechung auf <b>Beck Aktuell, 06.07.2023</b>: „Wer den Holocaust bezweifelt, darf keine Uniform tragen“.</p>
22.05.2023	VGH BW 2 S 153/23	<p>Urteil vom 22.05.2023 zur Ausschlussfrist bei <b>Beihilfeanträgen</b>. <b>§ 17 Abs. 10 BVO</b>. Auszug Leitsatz: „Bei der Frist für die Beantragung einer Beihilfe nach § 17 Abs. 10 Satz 1 BVO handelt es sich um eine materiell-rechtliche Ausschlussfrist, d. h. eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist selbst bei unverschuldeter Fristversäumnis nicht möglich.“</p>

<p>25.05.2023</p>	<p>BVerwG <a href="#">1 WB 25.22</a></p>	<p>Leitsätze:</p> <p>1. Die bei gleicher Qualifikation <b>bevorzugte Berücksichtigung von Soldatinnen in einem Auswahlverfahren</b> zur Besetzung eines höherwertigen Dienstpostens (§ 8 Satz 1 und 2 SGLiG) kann erst dann zum Tragen kommen, wenn zuvor alle Verfahrensschritte des Eignungs- und Leistungsvergleichs nach dem Grundsatz der Bestenauslese (Art. 33 Abs. 2 GG, § 3 Abs. 1 SG) ausgeschöpft wurden.</p> <p>2. Der Antragsteller, der erfolgreich die Auswahlentscheidung zur Besetzung eines höherwertigen Dienstpostens angefochten hat, ist unter dem Blickwinkel der Folgenbeseitigung (§ 113 Abs. 1 Satz 2 VwGO) in einem erneuten Auswahlverfahren auch dann teilnahmeberechtigt, wenn er inzwischen selbst auf einen (anderen) höherwertigen Dienstposten versetzt worden ist. Das gleiche gilt für den ausgewählten Bewerber, der als Beigeladener am Konkurrentenstreit beteiligt ist.</p>
<p>01.06.2023</p>	<p>BGH <a href="#">3 StR 414/22</a></p>	<p><b>Hawala-Banking-Organisation</b>, Kriminelle Vereinigung.</p> <p><a href="#">Besprechung auf Beck Aktuell</a>, 20.07.2023</p> <p><a href="#">Besprechung auf Rechtslupe</a>, 21.07.2023</p>
<p>20.06.2023</p>	<p>BGH <a href="#">5 StR 67/23</a></p>	<p>Urteil vom 20.06.2023 wegen <b>schwerer räuberischer Erpressung</b> u.a.</p> <p><a href="#">Besprechung auf Rechtslupe vom 11.07.2023</a>: „Den Qualifikationstatbestand der besonders schweren räuberischen Erpressung gemäß § 255, § 250 Abs. 2 Nr. 1 Alt. 2 StGB kann verwirklichen, wer bei der Tat mit dem <b>Schraubendreher</b> ein gefährliches Werkzeug verwendet.“</p>
<p>21.06.2023</p>	<p>VG Berlin VG 36 K 384/22 <a href="#">PM v. 18.7.23</a></p>	<p>PM VG: „<b>Verfassungsfeindliche Chatnachrichten</b> können Einstellung in die Polizei verhindern“</p> <p><a href="#">Beitrag auf Beck Aktuell vom 18.07.2023</a></p> <p><a href="#">Beitrag auf Rechtslupe vom 19.07.2023</a></p>
<p>22.06.2023</p>	<p>BSG B 2 U 11/20 R</p>	<p>Urteil vom 22.06.2023: <b>Posttraumatische Belastungsstörung</b> wird bei Rettungssanitäter als (Wie-)Berufskrankheit anerkannt. Ausgehend von <b>Erlebnissen wie Amoklauf, Suizide, Bergung von Schwerverletzten</b> klagte ein erkrankter Rettungssanitäter und bekam jetzt höchstrichterlich Recht.</p> <p><a href="#">Pressemitteilung Bundessozialgericht</a> und <a href="#">Besprechung auf LTO</a>.</p>
<p>22.06.2023</p>	<p><a href="#">Haufe.de</a></p>	<p>„EuGH-Generalanwalt empfiehlt <b>Lockerung der Rechtsprechung zur Vorratsdatenspeicherung</b>“. Der Beitrag thematisiert ein Ungleichgewicht zwischen der Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen im Zivilrecht und der Bekämpfung der schweren Kriminalität durch Nutzung von Vorratsdaten, hier in Frankreich. Zwischenüberschrift „EuGH-Generalanwalt will auch Verfolgung anderer Online-Kriminalität ermöglichen - Die strenge Rechtsprechung des EuGH zur Vorratsdatenspeicherung könnte auch in Fällen von sog. Hate-Speech im Internet zu einer faktischen Straflosigkeit führen.“</p>

<p>22.06.2023</p>	<p>BVerwG 2 C 19.21</p>	<p><b>Anrechnung von Pausenzeiten auf die Arbeitszeit von Polizeibeamten bei Krankheit</b></p> <p>Leitsätze:</p> <p>1. Die Anrechnung von Ruhepausen auf die Arbeitszeit nach § 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 AZV setzt eine tatsächliche Dienstausbübung voraus. Eine Zeitgutschrift auch für solche Tage, an denen der Beamte wegen Erkrankung keinen Dienst geleistet hat, ist danach ausgeschlossen.</p> <p>2. Ein Anspruch auf Gutschrift auf dem Arbeitszeitkonto für die Zeit krankheitsbedingter Dienstabwesenheit kann sich aus dem Grundsatz ergeben, dass ausgefallener Dienst vom Beamten nicht nachzuholen ist.</p>
<p>23.06.2023</p>	<p>Beck Aktuell</p>	<p>„Bundestag halbiert Dauer von <b>Ersatzfreiheitsstrafen</b>“. Wer also zu 50 Tagessätzen verurteilt wird, muss nur noch 25 Tage als Ersatzfreiheitsstrafe absitzen.</p>
<p>27.06.2023</p>	<p>Stuttgarter Zeitung</p>	<p>„<b>Encrochat</b> - Seit 2020 rund 6500 mutmaßliche Kriminelle festgenommen“ – Informationen von Europol, Sicherstellung von BtM im dreistelligen Tonnenbereich.</p>
<p>27.06.2023</p>	<p>VGH BW 4 S 1858/22</p>	<p>Leitsatz: „Ein „tätlicher rechtswidriger Angriff“ im Sinne des § 80a Abs. 1 LBG kann zwar nicht bei einer bewusst fahrlässig, wohl aber bei einer bedingt vorsätzlich begangenen Körperverletzung angenommen werden.“</p> <p><b>§ 80a LBG BW: Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen gegen Dritte</b></p>
<p>27.06.2023</p>	<p>VG Freiburg 3 K 2748/22</p>	<p><b>Prüfung der charakterlichen Eignung eines Bewerbers für den Polizeivollzugsdienst</b></p> <p>Leitsatz: In der Frage der charakterlichen Eignung für den Polizeivollzugsdienst darf ein strenger Maßstab angelegt werden.</p>
<p>27.06.2023</p>	<p>LG Mannheim 15 NBs 404 Js 33134/21</p>	<p>Orientierungssatz: <b>Zur Strafbarkeit der Bezeichnung von polizeilichen Maßnahmen als rassistisch.</b></p> <p>RN5: Bei der Subsumtion einer Äußerung unter den Tatbestand der Beleidigung nach § 185 StGB ist zunächst zu klären, ob es sich bei dem verwendeten Begriff um eine Tatsache oder ein Werturteil handelt.</p> <p>RN7: Selbst wenn man davon ausgeht, dass der Schwerpunkt der Äußerung in der Kundgabe einer ehrverletzenden Meinung liege, bleibt die Äußerung unter dem Gesichtspunkt der Wahrnehmung berechtigter Interessen nach § 193 StGB straflos.</p>
<p>28.06.2023</p>	<p>Baden-Württemberg.de</p>	<p>„Polizei – Änderung des Landesbeamtengesetzes“, <b>Kennzeichnungspflicht</b>. Angepasst wurde § 55 LBG BW.</p> <p><b>LBG BW und Gesetzblatt Nr. 12/2023, Seite 257 ff.</b></p> <p>Der BDK BW hat sich im Anhörungsverfahren deutlich gegen eine Kennzeichnungspflicht ausgesprochen.</p> <p><b>Was im Landtag am 28.06.2023 besprochen wurde, kann hier nachgelesen werden.</b></p>

30.06.2023	Beck Aktuell	„ <b>Whistleblower-Gesetz</b> kommt – Was sich für die Arbeitswelt ändert“. Regelungen für Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden und Behörden.
05.07.2023	Schwäbische Zeitung	„Forscher belegen <b>steigende Kriminalität nach Polizeipostenschließungen</b> “. Eine Ifo-Studie beschäftigte sich mit der Polizeireformbedingten Schließung von Polizeiposten im Jahr 2004, die Posten wurden damals landesweit etwa halbiert.
05.07.2023	Rechtslupe zu BGH 2 StR 459/21	Besprechung zur BGH-Beschluss vom 17.01.2023. „ <b>Gemeinschaftliche Körperverletzung durch Unterlassung</b> “ - § 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB setzt voraus, dass der Täter mit einem anderen Beteiligten gemeinschaftlich die Körperverletzung begeht. Das ist bei einem Unterlassen durch zwei Garanten nicht der Fall.“
06.07.2023	Beck Aktuell	" <b>NSU-Morde</b> : Zschäpe räumt Mitschuld ein“. Beate Zschäpe wurde 2018 zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Mai 2023 räumte sie vor dem bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss ihre Mitschuld ein, die Wortprotokolle wurden veröffentlicht, eine Umkehr von ihrem Verhalten vor Gericht.
06.07.2023	Beck Aktuell	„Gesetzliche Regelung zur <b>Sterbehilfe</b> im Bundestag gescheitert“. Die zwei vorgelegten Entwürfe scheiterten beide. Ausgangspunkt der Entwürfe war eine Rechtsprechung des BVerfG aus dem Jahr 2015, das die Möglichkeit einer Regelung für Sterbehilfe öffnete.  Etwas ausführlicher beleuchtet, Beck Aktuell vom 05.07.2023: „ <b>Entwürfe zur Reform der Sterbehilfe passieren Rechtsausschuss</b> “
13.07.2023	VG Sigmaringen 9 K 2457/21	Leitsatz: Zur <b>Anerkennung einer SARS-CoV-2-Infektion als Dienstunfall</b> nach § 45 Abs. 3 Satz 1 LBeamVG BW
14.07.2023	Rechtslupe	„Herstellung und Handel von <b>gefälschten Impfausweisen</b> “  Zur gewerbs- und bandenmäßigen Urkundenfälschung bei Nutzung selbst gefertigter Stempel und Aufkleber.
18.07.2023	Beck Aktuell	„Regierung will kritische Infrastruktur besser schützen“. Beitrag zum <b>KRITIS-Dachgesetz</b> , zum Entwurf des BMI.
19.07.2023	Haufe	„Aussehen am Arbeitsplatz: Was dürfen Arbeitgeber vorgeben?“ – ein Beitrag zur Frage <b>Kleidervorschriften und Erscheinungsbild am Arbeitsplatz</b> . Gerade im Sommer immer wieder ein Thema...
21.07.2023	BGH 4 StR 117/23 PM 122/2023 Urteil LG Kaiserslautern vom 30.11.2022, Az. 4 Ks 6035 Js 2146/22	PM BGH: „Verurteilung des Angeklagten wegen der <b>Ermordung zweier Polizeibeamter in Kusel</b> rechtskräftig“  „Das Landgericht Kaiserslautern hat den Angeklagten unter anderem wegen Mordes in zwei Fällen zu lebenslanger Gesamtfreiheitsstrafe verurteilt und die besondere Schwere der Schuld festgestellt.  Die revisionsgerichtliche Überprüfung des Urteils durch den 4. Strafsenat hat keinen Rechtsfehler zum Nachteil des Angeklagten ergeben. Dessen Revision wurde daher verworfen.“  Beck Aktuell vom 21.07.2023

21.07.2023	Beck Aktuell	„Buschmann schlägt <b>Rahmenbedingungen für V-Leute</b> vor“ Vorschlag aus dem BMJ für neue gesetzliche Regelungen.
21.07.2023	Haufe	„Bundestag beschließt <b>Halbierung der Ersatzfreiheitsstrafe</b> “ Zwei Tagessätze werden zu einem Tag Ersatzfreiheitsstrafe mit der Möglichkeit der Abwendung durch freiwillige Arbeitsstunden.
24.07.2023	VG Köln 20 L 835/23	VG entscheidet, dass Widerruf der <b>waffenrechtlichen Erlaubnis von Mitgliedern der Grauen Wölfe</b> (Ülkücü-Bewegung) voraussichtlich rechtmäßig ist.
25.07.2023	VG Düsseldorf 2 K 8330/22  ergänzend 2 K 2957/23	Zur <b>Entlassung eines Kommissarsanwärters</b> wegen aktiver Nutzung eines <b>WhatsApp-Gruppen-Chats</b> für die Verbreitung u. a. eines Adolf Hitler-Bildes.  Hinweis zur strafrechtlichen Würdigung: RN 7: „Die Staatsanwaltschaft X. lehnte die Aufnahme von Ermittlungen gegen den Kläger wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (...) ab“  In diesem Fall wurde die Entlassung ebenfalls durch das VG bestätigt.
27.07.2023	OVG Berlin-Brandenburg OVG 4 S 11/23	<b>Entlassung eines Polizisten</b> im Beamtenverhältnis auf Widerruf bei <b>Zweifeln an seiner Verfassungstreue</b> ; hier: gelikte Beiträge in „Neue Rechte“  Leitsatz: Der Dienstherr darf einen Polizisten im Beamtenverhältnis auf Widerruf wegen Zweifeln an der Verfassungstreue entlassen, wenn er zahlreiche Internetbeiträge der "Neuen Rechten" verfolgt und mehrere von ihnen gelikt hat, darunter solche, mit denen Moslems geschmäht und Pandemieschutzmaßnahmen mit der Verfolgung von Juden im Nationalsozialismus gleichgesetzt werden. (Rn.12)  <b>Besprechung auf Rechtslupe</b> , 03.08.2023
27.07.2023	BGH StB 44/23	Wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland, hier <b>Geldüberweisungen an den IS</b>  <b>Besprechung auf Rechtslupe</b> , 21.08.2023
09.08.2023	BVerfG 2 BvR 558/22	Teaser Newsletter: „Unzulässige Verfassungsbeschwerde gegen strafrechtliche Verurteilung nach Auswertung übermittelter <b>EncroChat-Daten</b> “  <b>Kurzbesprechung auf Beck Aktuell</b> , 05.09.2023  <b>Ausführlichere Besprechung auf Rechtslupe</b> , 06.09.2023

<p>10.08.2023</p>	<p>VG Braunschweig  7 A 140/22</p>	<p>Klage zur <b>Anerkennung eines Dienstunfalles wegen Sichtung/Auswertung von Kinder- und Jugendpornographie.</b></p> <p><b>Besprechung auf Beck Aktuell</b>, 10.08.2023: „Kein Dienstunfall nach psychisch belastender Tätigkeit eines Polizisten“</p> <p><b>Besprechung auf LTO</b>, 11.08.2023: „Gericht weist Klage eines Polizeibeamten ab Kein Dienstunfall nach monatelanger Sichtung von Kinderpornografie“</p> <p><b>Besprechung auf Haufe Arbeitsschutz</b>, 18.08.2023</p>
<p>14.08.2023</p>	<p>BVerwG  6 C 6.22</p>	<p><b>Unionsrechtswidrigkeit der im Telekommunikationsgesetz geregelten Verpflichtungen zur Vorratsspeicherung von Telekommunikations-Verkehrsdaten</b></p> <p>Leitsätze:</p> <p>1. Die in § 175 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 176 TKG (§ 113a Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 113b TKG a. F.) geregelte Verpflichtung der Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste zur Speicherung der dort genannten Telekommunikations-Verkehrsdaten ist in vollem Umfang unvereinbar mit Art. 15 Abs. 1 der Richtlinie 2002/58/EG und daher nicht anwendbar, weil eine anlasslose, flächendeckende und personell, zeitlich und geografisch undifferenzierte Vorratsspeicherung eines Großteils der Verkehrs- und Standortdaten vorgeschrieben wird und - soweit das Unionsrecht einer eingeschränkten Vorratsdatenspeicherung nicht von vornherein entgegensteht - die Voraussetzungen hinsichtlich der Bestimmtheit und Normenklarheit der Regelung, der zulässigen Zwecke sowie der weiteren inhaltlichen und verfahrensmäßigen Anforderungen nicht vorliegen (vgl. EuGH, Urteil vom 20. September 2022 - C-793/19 und C-794/19 [ECLI:EU:C:2022:702], SpaceNet u. a. -).</p> <p>2. Soweit sich die in § 175 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 176 Abs. 3 und 4 Satz 2 und 3 TKG (§ 113a Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 113b Abs. 3 und 4 Satz 2 und 3 TKG a. F.) geregelte Pflicht zur allgemeinen und unterschiedslosen Vorratsspeicherung auf die Bereitstellung von Internetzugangsdiensten und in diesem Rahmen u. a. auf die dem Teilnehmer zugewiesene IP-Adresse bezieht, fehlt es jedenfalls an der unionsrechtlich gebotenen Beschränkung der Speicherungszwecke auf den Schutz der nationalen Sicherheit, der Bekämpfung schwerer Kriminalität oder der Verhütung schwerer Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit.</p> <p><b>Reaktion des baden-württembergischen Justizministeriums</b>, 08.09.2023: „Gentges fordert unionsrechtskonforme Verkehrsdatenspeicherung“</p> <p><b>Besprechung auf Rechtslupe</b>, 08.09.2023</p>
<p>15.08.2023</p>	<p><b>Haufe</b></p>	<p>BMI hat den <b>Entwurf des KRITIS-Dachgesetzes</b> vorgelegt.</p> <p>„Der (...) Gesetzentwurf des BMI enthält bundeseinheitliche und sektorübergreifende Vorgaben zur Identifizierung und zum Schutz von KRITIS. Er dient der Umsetzung der „EU-Critical-Entities-Resilience-Richtlinie“ (CER-Richtlinie) und soll die Regelungen des Gesetzes über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Gesetz) ergänzen“</p>
<p>22.08.2023</p>	<p><b>Beck Aktuell</b></p>	<p>Zum Urteil des BVerwG, Az. 7 A 1.22 (Urteil aktuell nicht verfügbar)</p> <p>Headline Beck: „<b>Verbot von Islamisten-Verein Ansaar International</b> bestätigt“</p> <p><b>BVerwG PM 61/2023</b></p> <p>Und <b>ausführliche Besprechung auf Rechtslupe</b>, 23.08.2023</p>

24.08.2023	BGH PM 146/2023 Beschluss vom 08.08.2023 3 StR 499/22	<b>Besprechung auf Beck Aktuell</b> , 24.08.2023: „ <b>BGH bestätigt Urteil gegen Franco A. wegen beabsichtigten Terroranschlags</b> “  Die Revision wurde durch den BGH als unbegründet verworfen.  OLG Frankfurt/Main Az. 5 - 2 StE 18/17 - 5a - 1/17 - Urteil vom 15. Juli 2022 – rechtskräftig.
24.08.2023	BAG 2 AZR 17/23 PM 33/23	Aus der PM: „Ein Arbeitnehmer, der sich in einer aus sieben Mitgliedern bestehenden privaten Chatgruppe in stark beleidigender, rassistischer, sexistischer und zu Gewalt aufstachelnder Weise über Vorgesetzte und andere Kollegen äußert, kann sich gegen eine dies zum Anlass nehmende außerordentliche Kündigung seines Arbeitsverhältnisses nur im Ausnahmefall auf eine berechnete Vertraulichkeitserwartung berufen.“
24.08.2023	Rechtslupe	„ <b>Straßenblockaden durch Klimaaktivisten</b> – und die Grenzen ihrer Strafbarkeit“
25.08.2023	Beck Aktuell	„ <b>Cyberbunker-Bande</b> von Traben-Trarbach muss wohl erneut vor Gericht“  „von mehr als 249.000 Straftaten wird am Ende die Rede sein (...) Erstmals standen Betreiber krimineller Plattformen im Darknet vor Gericht“
29.08.2023	VGH BW 4 S 1605/22	Ursächlicher Zusammenhang beim Anspruch auf <b>Unfallruhegehalt</b>  Leitsatz: Ob der für das Bestehen eines Anspruchs auf Unfallruhegehalt erforderliche ursächliche Zusammenhang zwischen dem <b>Dienstunfall</b> , der Dienstunfähigkeit und der Zuruhesetzung besteht, ist bezogen auf den Zeitpunkt der Zuruhesetzung zu beurteilen (st. Rspr.; vgl. BVerwG, Urteil vom 02.12.2021 - 2 C 36.20 -, Juris Rn. 35; OVG NRW, Urteil vom 16.09.2020 - 1 A 612/14 -, Juris Rn. 45; BayVGH, Beschluss vom 22.10.2015 - 3 ZB 13.1258 -, Juris Rn. 6; SächsOVG, Beschluss vom 06.02.2012 - 2 A 169/09 -, Juris Rn. 8).
30.08.2023	Beck Aktuell	„ <b>Den Schlüssel zum Waffenschrank muss man so sicher aufbewahren wie die Waffe selbst</b> “  OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 30.08.2023 - 20 A 2384/20, <b>Volltext auf openjur</b>
01.09.2023	oeffentlicher-dienst-news.de	Bei dieser Fortschreibung handelt es sich um einen Überblick über die <b>Besoldung des Bundesbeamt:innen nach Übertragung der Tarifergebnisse aus dem TVöD</b> . Die Gehaltstabellen (derzeit noch Prognose) zeigen die inzwischen deutliche Auseinanderentwicklung zwischen Besoldung im Bund und im Land BW ( <b>Besoldungstabelle des LBV BW</b> ).
12.09.2023	BGH 3 StR 306/22 PM 156/2023	PM BGH: „Verurteilungen der Angeklagten im <b>Cyberbunker-Verfahren</b> rechtskräftig“  Besprechung auf rechtslupe.de, 13.09.2023: „ <b>Hosting im "Cyberbunker" – durch eine kriminelle Vereinigung</b> “
12.09.2023	Rechtslupe	„Dienstvereinbarungen – und ihre Auslegung. <b>Dienstvereinbarungen sind wie Gesetze auszulegen.</b> “

14.09.2023	Beck Aktuell	Zu VGH München vom 14.09.2023, Az. 10 CE 23.796 Teaser aus Newsletter: „Der Bayerische Verfassungsschutz darf die AfD als <b>Gesamtpartei im Freistaat beobachten</b> und auch darüber informieren. Die Behörde gehe zu Recht davon aus, dass tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD bestünden, beschloss der Bayerische VGH am Donnerstag in einem Eilverfahren.“
------------	--------------	--

**Sonderthema Cannabisgesetz (CanG) und rund um Cannabis**

Datum	Quelle/Link	Inhalt/Links
28.06.2023	Beck Aktuell	„Luxemburg erlaubt privaten Anbau und Konsum von Cannabis“.
06.07.2023	LTO	„Bundesregierung verständigt sich auf Cannabisgesetz“. Die LTO befasst sich ausführlich mit dem Referentenentwurf des neuen Cannabisgesetzes (CanG), das federführend durch das Bundesministerium für Gesundheit erarbeitet wurde.
06.07.2023	Beck Aktuell	„Cannabis-Freigabe: Ministerium sieht Milliarden-Einsparung in Justiz“. Der Gesetzesentwurf sieht keine Beteiligung des Bundesrats vor.
07.07.2023	Beck Aktuell	„Richterbund erwartet keine Entlastung durch Cannabis-Gesetz“. Der DRB widerspricht damit den Ausführungen im Gesetzesentwurf CanG wonach Strafverfolgungsbehörden künftig jährlich 800 Mio. Euro, Gerichte 220 Mio. Euro und Justizvollzugsanstalten 35 Mio. Euro einsparen werden.
11.07.2023	BVerfG PM 65/2023	Beschluss vom 14. Juni 2023, Aktenzeichen: <b>2 BvL 3/20, 2 BvL 8/23, 2 BvL 2/23, 2 BvL 1/23, 2 BvL 14/22, 2 BvL 13/22, 2 BvL 12/22, 2 BvL 5/22, 2 BvL 4/22, 2 BvL 3/22, 2 BvL 7/21, 2 BvL 5/21, 2 BvL 14/20</b>  Drei Amtsgerichte (Münster, Pasewalk und Bernau bei Berlin) errichteten Strafnormen des BtMG für verfassungswidrig soweit diese den Umgang mit Cannabisprodukten betreffen. Das Bundesverfassungsgericht stellte die Unzulässigkeit der entsprechenden Richtervorlagen fest. Es fehlte zudem an der „substantiierten Darlegung rechtserheblicher Änderungen der Sach- und Rechtslage, welche geeignet sind, eine erneute verfassungsgerichtliche Prüfung der mit Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 9. März 1994 (BVerfGE 90, 145 ff.)“  <b>Besprechung auf Beck Aktuell vom 11.07.2023</b> <b>Besprechung auf Rechtslupe vom 12.07.2023</b>
26.07.2023	BDK Bund	„Unbrauchbarer Gesetzentwurf zum privaten und gemeinschaftlichen, nicht-gewerblichen Eigenanbau von Cannabis“  + <b>BDK-Stellungnahme der FK Recht</b> vom 21.07.2023
14.08.2023	Beck Aktuell	„Richterbund: Cannabis-Legalisierung wird Justiz belasten“



16.08.2023	Beck Aktuell	„Kompletter Kontrollverlust“: Kabinett bringt Cannabis-Legalisierung auf den Weg“
30.08.2023	Haufe	„Partielle Cannabislegalisierung vom Kabinett beschlossen“